

NETZWERK BESSERE RECHTSETZUNG UND BÜROKRATIEABBAU

CALL FOR TALKS:

Brownbag-Seminarreihe zur Digitalisierung der Verwaltung

virtuell (WebEx), voraussichtlich Februar bis Juni 2022

Eine Vortrags- und Diskussionsreihe des interdisziplinären Forschungsnetzwerks Bessere Rechtsetzung und Bürokratieabbau soll sich im Frühjahr 2022 mit der Digitalisierung der Verwaltung befassen.

Richtig umgesetzt verändert die Digitalisierung mit ihren vielfältigen Möglichkeiten immer stärker Organisationen, beschleunigt Abläufe und eröffnet Einsparungen. Digitale Lösungen in der öffentlichen Verwaltung können Bürger*innen, Unternehmen und die Verwaltung selbst entlasten, die Arbeit über Abteilungs- und Organisationsgrenzen hinweg verbessern, die Innovationskraft der Verwaltung stärken, die Partizipation der Bürger*innen fördern und durch die Herausbildung neuer Geschäftsmodellinnovationen das wirtschaftliche Wachstum stärken. Gleichzeitig führen E-Government, Open Government und Smart Government zu einem erheblichen Kulturwandel für Staat und Verwaltung auf allen Ebenen.

Auch die Politik widmet sich verstärkt der Digitalisierung der Verwaltung, wie die Erwähnung der Notwendigkeiten zu einer verstärkten „agiler und digitaler“ Verwaltung an prominenter Stelle im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung zeigt. Verwaltung soll und muss zunehmend aus der Nutzerperspektive gedacht werden. Der Einsatz von Digitalisierung soll dabei unterstützend wirken.

Allerdings ist der Umsetzungsstand auf den unterschiedlichen föderalen Ebenen insgesamt nicht ausreichend. Beim Digitalisierungsindex für öffentliche Dienstleistungen der EU-Kommission (Digital Public Services im Digital Economy and Society Index, DESI)¹ liegt Deutschland 2021 unter den EU-Mitgliedstaaten auf dem 16. Platz. Vor allem bei vorausgefüllten Formularen liegt Deutschland deutlich unter dem EU-Durchschnitt, digitale öffentliche Dienste für Unternehmen schneiden hingegen besser ab.

Die Ursachen für den zu geringen bzw. gemischten Fortschritt beim Einsatz digitaler Verfahren sind vielfältig. So fehlen der öffentlichen Verwaltung massiv Beschäftigte mit den erforderlichen Qualifikationen, entsprechende Ausbildungsangebote und technische Infrastrukturen. Für viele Prozesse ist auch der rechtliche Rahmen nur bedingt angepasst. Immer noch verhindern

¹Digital Economy and Society Index (2021): Country Reporting – Country Profile – Germany DESI Country Profile (DE). S.16. URL: <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/digital-economy-and-society-index-desi-2021>, zuletzt abgerufen am 11.01.2022. PDF hier <https://ec.europa.eu/newsroom/dae/redirection/document/80587>.

Gefördert durch:



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST

NETZWERK BESSERE RECHTSETZUNG UND BÜROKRATIEABBAU

Schriterfordernisse die medienbruchfreie Anwendung digitaler Verfahren. Nicht zuletzt fehlt vielerorts der politische Wille zur konsequenten Verfolgung einer Digitalisierungsstrategie.

Mit dem Onlinezugangsgesetz stehen jedoch auf allen Ebenen disruptive Veränderungen bis Ende 2022 an. Wegbereitend für die Digitalisierung der Verwaltung und nutzerfreundliche Ausgestaltung war zudem das Registermodernisierungsgesetz von März 2021, welches Personen anhand ihrer Steueridentifikationsnummer identifiziert und so für eine Harmonisierung der Register in Deutschland sorgt. Auch die andauernde Corona-Pandemie eröffnet neue Handlungsfelder.

Im Kontext dieses Hintergrundes widmet sich die geplante Vortrags- und Diskussionsreihe des interdisziplinären Forschungsnetzwerks Bessere Rechtsetzung und Bürokratieabbau ([Netzwerk Bessere Rechtsetzung & Bürokratieabbau - IAW \(netzwerk-rechtsetzung-buerokratieabbau.de\)](https://netzwerk-rechtsetzung-buerokratieabbau.de)) den folgenden und weiteren Themen:

- aktuelle Prozesse und Beispiele aus der Praxis der Verwaltungsdigitalisierung
- Identifizierung von Hemmnissen der Verwaltungsdigitalisierung, z.B. Recht und Datenschutz, Verwaltungskultur o. Ä.
- Lösungsansätze und Möglichkeiten für Standardisierungen im Kontext der Verwaltungsdigitalisierung

Willkommen sind empirische, konzeptionelle und theoretische Beiträge aus allen relevanten Disziplinen sowie Beiträge aus der Praxis. Ziel ist ein offener und anregender Austausch zu diesen und verwandten Themen im Netzwerk Bessere Rechtsetzung und Bürokratieabbau sowie mit allen Interessierten. Insbesondere streben wir einen Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis an.

Einreichung von Beiträgen

Mitglieder des Netzwerks und andere interessierte Wissenschaftler*innen sowie Praktiker*innen, die sich mit einem Beitrag an der Vortragsreihe beteiligen möchten, werden gebeten, sich ab sofort und bis **09. Februar 2022** informell bei der Netzwerk-Geschäftsstelle mit ihrem Themenvorschlag incl. kleinem Abstract zu melden (netzwerk@iaw.edu; Tel.: 07071 9896-51 oder 07071 9896-50). Die Einreichung eines Forschungspapiers ist nicht erforderlich.

Veranstaltungsort und -zeit

Die Vorträge finden virtuell im ca. 2-wöchentlichem Rhythmus je zur Mittagszeit (12:30 bis 13:30 Uhr) am Mittwoch statt. Geplant ist jeweils ein ca. 30-minütiger Vortrag, gefolgt von Diskussion und Austausch. Beginnen soll die Vortragsreihe voraussichtlich Ende Februar.

Aktuelle Informationen zur Vortragsreihe finden Sie auch auf der Website des Netzwerks:

<https://netzwerk-rechtsetzung-buerokratieabbau.de/veranstaltungen.html>

Gefördert durch:



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST